

Humboldt Forum Service GmbH Berlin

Testatsexemplar
Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2021

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Humboldt Forum Service GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Humboldt Forum Service GmbH, Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Humboldt Forum Service GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die in der Anlage zum Lagebericht enthaltene Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ▶ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- ▶ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Anlage zum Lagebericht).

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat und die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Anlage zum Lagebericht).

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss und Lagebericht erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstige Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob diese Informationen

- ▶ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnisse aufweisen oder
- ▶ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ▶ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- ▶ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem

Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;

- ▶ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ▶ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- ▶ beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- ▶ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- ▶ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges



Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, 14. Juni 2022

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Seidel
Wirtschaftsprüfer

Köhler
Wirtschaftsprüferin

Humboldt Forum Service GmbH, Berlin
Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktiva			31.12.2020
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		47.999,02	45.199,02
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafterin	541.523,03		42.750,18
2. Sonstige Vermögensgegenstände	4.200,15		2.353,25
		545.723,18	45.103,43
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.665.254,55	1.124.213,28
		2.210.977,73	1.169.316,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten		14.809,88	29.496,96
		2.273.786,63	1.244.012,69

Passiva			31.12.2020
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00
II. Verlustvortrag (Vj. Gewinnvortrag)	-21.694,39		1.429,72
III. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)	174.729,12		-23.124,11
		178.034,73	3.305,61
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		683.282,55	114.873,59
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.150.000,00		926.940,33
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 1.150.000,00 (Vj.: EUR 926.940,33)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	74.137,29		51.583,06
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 74.137,29 (Vj.: EUR 51.583,06)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafterin	0,00		108.078,13
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 0,00 (Vj.: EUR 108.078,13)			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	188.332,06		39.231,97
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 188.332,06 (Vj.: EUR 39.231,97)			
- davon aus Steuern EUR 70.708,50 (Vj. EUR 33.130,60)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 10.286,73 (Vj. EUR 875,72)			
		1.412.469,35	1.125.833,49
		2.273.786,63	1.244.012,69

Humboldt Forum Service GmbH, Berlin
Gewinn- und Verlustrechnung für 2021

	EUR	EUR	2020 EUR
1. Umsatzerlöse	8.779.460,02		1.472.583,54
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>370.144,00</u>		<u>10.814,87</u>
		<u>9.149.604,02</u>	<u>1.483.398,41</u>
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.015.831,85		748.835,86
b) Soziale Abgaben	1.194.524,88		164.397,50
davon für Altersversorgung EUR 1.500,00 (Vj. EUR 0,00)			
		<u>7.210.356,73</u>	<u>913.233,36</u>
4. Abschreibungen auf Sachanlagen		274.274,99	50.799,27
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.491.777,65	540.433,37
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>-1.534,47</u>	<u>2.056,52</u>
7. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)		<u>174.729,12</u>	<u>-23.124,11</u>

Humboldt Forum Service GmbH, Berlin

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

1. Allgemeine Angaben

Die Humboldt Forum Service GmbH (im Folgenden kurz: HFS) wurde am 18. Januar 2016 als hundertprozentige Tochter der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (im Folgenden kurz: SHF) gegründet (seinerzeit noch als Humboldt Forum Kultur GmbH).

Die HFS hat ihren Sitz in Berlin und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg (HR B Reg. Nr. 175996).

Die HFS ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 HGB. Die HFS hat jedoch gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden.

Der Jahresabschluss wird nach den Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) sowie der Regelungen des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaft aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist entsprechend § 275 Abs. 2 HGB nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungskosten angesetzt und wird um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 800,- sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. als Aufwand erfasst worden; ihr sofortiger Abgang wurde unterstellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet sind, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen; uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Die **flüssigen Mittel** sind zum Nominalwert am Bilanzstichtag angesetzt.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Ausgaben für Aufwand nach dem Abschlussstichtag.

Für die Ermittlung **latenter Steuern** aufgrund von temporären oder quasi-permanenten Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden diese mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung nicht abgezinst. Aktive und passive Steuerlatenzen werden verrechnet. Die Aktivierung eines Überhangs latenter Steuern unterbleibt in Ausübung des dafür bestehenden Ansatzwahlrechts.

Es bestehen keine Posten, die auf fremde Währung lauten.

3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Das **gezeichnete Kapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

4. Erläuterungen zu Bilanzposten

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen

Sämtliche Forderungen sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Forderungen gegen die Gesellschafterin bestehen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 175,9 T€ (Vorjahr 42,8 T€) und aus der Kostenübernahme durch die Gesellschafterin im Zusammenhang mit der gebildeten Rückstellung für drohendes Bußgeld in Höhe 365,6 T€ (Vj. 0,0 T€).

Sonstige Rückstellungen

Im Geschäftsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von 683,3 T€ gebildet für

- nicht genommenen Urlaub und Überstunden in Höhe von 229,8 T€, inklusive der anteiligen Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung,
- Prüfungs- und Abschlusskosten von 18,9 T€,
- Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 69,0 T€ sowie
- eine Rückstellung für drohendes Bußgeld in Höhe von 365,6 T€.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Erhaltene Anzahlungen

Hierbei handelt es sich um die von der Gesellschafterin erhaltenen Anzahlungen für ab Januar 2022 zu erbringende Leistungen des laufenden Betriebs (1.150 T€).

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 188,3 T€ handelt es sich um noch abzuführende Lohn- und Gehaltskosten (106,3 T€), und Verbindlichkeiten für Vermögensbildung und Einbehaltung von Arbeitnehmer (1,1 T€) und die damit verbundene Lohn- und Kirchensteuer (70,7 T€) und Aufwendungen im Rahmen der sozialen Sicherheit (10,3 T€) des Abrechnungsmonats Dezember 2021.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Bei den Umsatzerlösen in Höhe von 8.779 T€ handelt es sich ausschließlich um Innenumsätze, die im Rahmen des mit der Gesellschafterin geschlossenen Dienstleistungsvertrages getätigt wurden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen für die Bereiche Besucherservice Telefon/E-Mail/Kasse, Besucherservice Fläche und Sicherheit sowie Infrastrukturelle Dienste.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus der Kostenübernahme der Gesellschafterin für die Rückstellung des drohenden Bußgeldes in Höhe 365,6 T€.

Abschreibungen

In den Abschreibungen in Höhe von 274,3 T€ sind neben der planmäßigen, linearen Abschreibung auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (15,4 T€) auch Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (im Wert von jeweils unter 800 € netto) in Höhe von rd. 54,5 T€ und auch die Sofortabschreibung auf angeschaffte Dienstkleidung in Höhe von rd. 204,4 T€ enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Hauptposten bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind:

- Rückstellung wegen drohendem Bußgeldverfahren (eventueller Verstoß Datenschutzordnung): 365,6 T€
- Raumkosten (Miete, Nebenkosten): 288,8 T€
- Zeitarbeit (Randstad): 205,0 T€
- Lizenzen (Software für Personal- und Rechnungswesen): 94 T€
- Rechtsanwaltskosten: 73,5 T€
- Internet und Datenleitung: 51,8 T€
- Dienstkleidung Reinigung (Gutscheine für MA): 48,4 T€
- Honorarkräfte Vermittlung: 44,5 T€
- Werbekosten (Stellenanzeigen): 22,0 T€

6. Sonstige Angaben

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus Frau Ute Behrmann (Berufsausbildung im medizinischen Bereich sowie Ausbildungen als Kulturmanagerin und Kommunikationstrainerin) und Herrn Markus Schmitz-Peiffer (M.A. Kommunikationswissenschaft und Werbekaufmann).

Frau Ute Behrmann ist von der Gesellschafterin seit dem 19. Mai 2021 vorübergehend von ihren Aufgaben als Geschäftsführerin entbunden. Hintergrund ist ein Datenschutzvorfall, der über die Datenschutzbeauftragte der HFS am 18. Mai 2021 an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit gemeldet wurde. Eine finale Stellungnahme und Beurteilung der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit steht bis zum heutigen Tage aus.

Die Vertretung von Frau Behrmann übernimmt seitdem Frau Christine Rieffel-Braune.

Im Geschäftsjahr 2021 betrugen die Bezüge der Geschäftsführung 119,2 T€.

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. die Gesellschafterversammlung,
2. der Aufsichtsrat,
3. die Geschäftsführung.

Mitarbeiter

Der Personalbereich der Gesellschaft befand sich während des Geschäftsjahres 2021 – wie auch im Vorjahr – im Aufbau, was die Entwicklung der Mitarbeiteranzahl entscheidend geprägt hat. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug im Geschäftsjahr 217 Mitarbeiter.

Zum 31. Dezember 2021 hatte die Gesellschaft im administrativen und operativen Overhead 17 Mitarbeiter*innen eingestellt (Gesamt mit GF: 19 MA).

Die Zahl der 2021 im operativen Bereich eingestellten Mitarbeiter*innen beläuft sich auf 227 Vollzeitäquivalente bzw. 268 MA.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats der HFS sind seit dem 26. November 2019:

1. Ingo Mix / Abteilungsleiter K 2 bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
2. Dr. Heinz Berg / im Ruhestand, ehem. Direktor der Generalverwaltung Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
3. Dr. Ralf Kleinhenz / Senior Vice President, Messe Berlin GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der HFS waren gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages unentgeltlich tätig und haben im Geschäftsjahr 2021 keine Auslagen und Aufwendungen erhalten.

Haftungsverhältnisse

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse im laufenden Geschäftsjahr.

Außerbilanzielle Geschäfte

Außerbilanzielle Geschäfte wurden von der Gesellschaft nicht getätigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von 2.173,0 T€.

Im Einzelnen betreffen diese Verpflichtungen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Raumkosten (Miete, Nebenkosten): 1.444,0 T€;
- Lizenzen (Software für Personal- und Rechnungswesen): 470,0 T€;
- Internet und Datenleitung: 259,0 T€.

Alle entsprechenden Verträge haben eine Restlaufzeit von ca. fünf Jahren.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt 18,9 T€.

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 174,7 T€ auf das Folgejahr vorzutragen.

Nachtragsbericht

Aufgrund der Coronavirus-Pandemie und der verlängerten Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder kommt es weiter zu Verzögerungen bei der Inbetriebnahme des Humboldt Forums, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten. Weitere Verzögerungen der Fertigstellung zur letzten Teileröffnung (Ostspange 2. und 3. OG) können zu geringeren Umsätzen und Beeinträchtigung des Wachstums der Gesellschaft führen, sind aber durch die Gesellschafterin als Stiftung des Bundes im Rahmen des Dienstleistungsvertrages entsprechend abgesichert. Von bestandsgefährdenden Risiken aufgrund dieser Situation gehen wir als Geschäftsführung daher derzeit nicht aus.

Darüber hinaus sind keine Ereignisse mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nach dem Abschlussstichtag eingetreten.

Berlin, 14. Juni 2022

Humboldt Forum Service GmbH



Ute Behrmann
Geschäftsführerin



i.V. Christine Rieffel-Braune
Vorständin SHF



Markus Schmitz-Peiffer
Geschäftsführer

Humboldt Forum Service GmbH, Berlin
Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten			Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	1.1.2021	Zugänge	31.12.2021	1.1.2021	Zugänge	31.12.2021	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sachanlagen								
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.311,15	277.074,99	350.386,14	28.112,13	274.274,99	302.387,12	47.999,02	45.199,02

Humboldt Forum Service GmbH, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Geschäftsgrundlagen

Die Humboldt Forum Service GmbH (im Folgenden kurz: HFS) wurde am 18. Januar 2016 als hundertprozentige Tochter der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (im Folgenden kurz: SHF) gegründet (seinerzeit noch als Humboldt Forum Kultur GmbH).

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrages der HFS die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Besucherservice, Sicherheit und Reinigung für die SHF, die mit dem Betrieb des Humboldt Forums in Verbindung stehen.

Die Bereiche Besucherservice und Sicherheit werden bereits seit November 2020 operativ ausgeführt, der Aufbau der Abteilung Reinigung erfolgt voraussichtlich stufenweise ab August 2022.

Die Gesellschaft erbringt die o. g. Dienstleistungen auf Basis des am 12. März 2020 (mit Anpassungen vom 24. April 2020) mit der SHF abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages für die SHF. Nach dem Dienstleistungsvertrag erhält die Gesellschaft die ihr für die Erbringung der Dienstleistungen anfallenden Kosten von der SHF vollständig, zuzüglich eines prozentualen Aufschlags von 2 %, erstattet. Die Gesellschaft finanzierte sich im Geschäftsjahr 2021 ausschließlich über die Einnahmen aus der SHF. Der Vertrag ist bis Ende 2022 abgeschlossen und verlängert sich jeweils um zwei Jahre, wenn er nicht mit einer Frist von einem Jahr gekündigt wird. Der Vertrag ist ungekündigt. Die Gesellschaft geht die für die Erbringung der Dienstleistungen zukünftig notwendigen Verpflichtungen jeweils in Abstimmung mit der SHF ein. Die SHF nimmt diese Kosten in ihren Wirtschaftsplan auf und sichert so die Finanzierung der Gesellschaft, die letztlich aus den der SHF gewährten Zuwendungen erfolgt. Bei Durchführung des Dienstleistungsvertrags erwartet die Gesellschaft in Zukunft zumindest ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Gesellschaft geht deshalb bei der Aufstellung des Jahresabschlusses von der Fortführung des Unternehmens aus.

1.2 Geschäftsverlauf

Personeller und struktureller Ausbau der HFS

Der personelle und strukturelle Aufbau erfolgte (abgesehen von der bereits im November 2019 bestellten Geschäftsführung) ab 2020.

Zum 31. Dezember 2021 hatte die HFS im administrativen und operativen Overhead 17 (Vj.: 14) Mitarbeiter*innen eingestellt (Gesamtzahl inkl. Geschäftsführung: 19 Mitarbeiter; Vj.: 16)

Die Zahl der 2021 im operativen Bereich eingestellten Mitarbeiter*innen beläuft sich auf 227 (Vj.: 95) Vollzeitäquivalente bzw. 268 (Vj.: 107) Mitarbeiter.

Frau Ute Behrmann ist von der Gesellschafterin SHF ab 19. Mai 2021 vorübergehend als Geschäftsführerin beurlaubt. Hintergrund ist ein Datenschutzvorfall, der über die Datenschutzbeauftragte der HFS am 18. Mai 2021 an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit gemeldet wurde. Eine finale Stellungnahme und Beurteilung stehen bis zum heutigen Tage aus. Die Gesellschafterin und der Aufsichtsrat wurden über den Vorfall informiert.

Die Vertretung von Frau Behrmann übernimmt seitdem Frau Christine Rieffel-Braune.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2021

Die wirtschaftliche Lage der HFS ist durch ihren Status als hundertprozentige Tochter der SHF gekennzeichnet. Das Geschäftsjahr 2021 ist maßgeblich durch die Eröffnung des Humboldt Forums für den Publikumsverkehr und den damit verbundenen Regelöffnungszeiten geprägt.

Die Bilanzsumme der HFS beträgt zum 31. Dezember 2021 2.274 T€ (Vj.: 1.244 T€).

Auf der Aktivseite werden Anlagevermögen (48 T€; Vj.: 45 T€), liquide Mittel (1.665 €; Vj.: 1.124 T€), Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (546 T€; Vj.: 45 T€) und Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 15 T€ (Vj.: 29 T€) ausgewiesen.

Der Anstieg der Forderungen resultiert insbesondere aus höheren Forderungen gegen die Gesellschafterin. Diese bestehen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Zusammenhang mit dem Dienstleistungsvertrag in Höhe von 176 T€ (Vorjahr 43 T€) und aus der Kostenübernahme durch die Gesellschafterin im Zusammenhang mit der gebildeten Rückstellung für drohendes Bußgeld in Höhe 366 T€ (Vj. 0 T€). Der Bestand an liquiden Mitteln resultiert insbesondere aus einer Anzahlung der Gesellschafterin für in 2022 zu erbringende Leistungen (1.150 T€).

Die Passivseite besteht aus dem Eigenkapital in Höhe von 178 T€ (Vj.: 3 T€), aus kurzfristigen Rückstellungen in Höhe von 683 T€ (Vj.: 115 T€), aus den von der Gesellschafterin erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 1.150 T€ (Vj.: 927 T€), aus kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 74 T€ (Vj.: 52 T€) und aus sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 188 T€ (Vj.: 39 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals resultiert ausschließlich aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 175 T€ (Vj.: Jahresfehlbetrag 23 T€).

Der Anstieg der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus der im Geschäftsjahr gebildeten Rückstellung für drohendes Bußgeld in Höhe von 366 T€ und aus höheren Urlaubs- und Überstundenrückstellungen bedingt durch Personalaufbau. Der Anstieg anderer Passivposten resultiert grundsätzlich aus höherem Geschäftsvolumen und Personalaufbau.

Die HFS hat im Geschäftsjahr 2021 Umsatzerlöse im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrages mit der Stiftung in Höhe von 8.779 T€ (Vj. 1.473 T€) und sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 370 T€ (Vj. 11 T€) erzielt. Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen im Wesentlichen aus Erträgen aus der Kostenübernahme der Gesellschafterin für die Rückstellung des Bußgeldes in Höhe 366 T€.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr 2021 7.210 T€ (Vj. 913 T€), der Anstieg ist bedingt durch den Personalaufbau im Geschäftsjahr. Die Abschreibungen auf Sachanlagen haben sich auf Grund höherer Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (hauptsächlich Dienstkleidung) auf 274 T€ (Vj. 51 T€) erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 1.492 T€ (Vj. 540 T€) und entfielen insbesondere auf die Aufwendungen im Zusammenhang mit der gebildeten Rückstellung für drohendes Bußgeld (366 T€; Vj.: 0 T€), Büromieten- und Mietnebenkosten (289 T€; Vj.: 92 T€), Aufwendungen für Zeitarbeit 205 T€ (Vj.: 0 T€), Softwarelizenzen (94 T€; Vj.: 13 T€) und auf Rechts- und Beratungskosten (74 T€, Vj.: 89 T€).

Die Gesellschaft schloss - unter Berücksichtigung von Erträgen aus Ertragsteuern in Höhe von T€ 2 (Vj.: Aufwendungen in Höhe von T€ 2) – das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 175 (Vj.: Jahresfehlbetrag in Höhe von -23 T€) ab.

Gesamtaussage zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die HFS war jederzeit in der Lage ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HFS ist geordnet. Aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrags mit der Gesellschafterin ist der operative Betrieb vertraglich gesichert.

Für das Jahr 2021 prognostizierte die Gesellschaft einen Umsatz von ca. 15,6 Mio. €. Die Geschäftsführung ging dabei jedoch davon aus, dass der Pandemieverlauf und die damit einhergehenden Verzögerungen bei der Eröffnung des Humboldt Forums für den Publikumsverkehr möglicherweise zu einem um die 20 bis 30 % niedrigeren Umsatz führen können. Der tatsächlich erzielte Umsatz des Geschäftsjahres 2021 beträgt 8,8 Mio. € und liegt somit 44 % unter Plan. Darüber hinaus ist die Geschäftsführung von einem moderat positiven Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2021 ausgegangen. Diese Prognose konnte im Wesentlichen erreicht werden, da die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 175 T€ erzielt hat.

2. Chancen und Risiken

Der Personalaufbau der HFS wird sich weiterhin an der noch ausstehenden Eröffnungsphase des Ausstellungsbereiches im Ostflügel (2. und 3. OG der SMB Sammlung) sowie dem Personalbedarf für Veranstaltungen orientieren und ist abhängig vom bestellten Bedarf. Vor diesem Hintergrund müssen Änderungen in der Baufertigstellung frühzeitig der HFS mitgeteilt werden.

Kurzfristige Änderungen, deren Bekanntwerden unterhalb von 4 bis 6 Wochen liegt, könnten dazu führen, dass die gemäß Dienstleistungsvertrag erforderlichen Fachkräfte nicht in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt und geschult werden können und die Gesellschafterin SHF gezwungen sein könnte, temporär mit externen Dienstleistern zusammenzuarbeiten, um den erforderlichen Personalbedarf abdecken zu können.

Ereignisse höherer Gewalt, wie die derzeitige Corona-Pandemie, werden auch zukünftig ein Risiko darstellen, denen mit geeigneten Maßnahmen, wie ggf. Kurzarbeit, begegnet werden muss. Von bestandsgefährdenden Risiken aufgrund der Corona-Pandemie gehen wir aber derzeit nicht aus.

Weitere Verzögerungen der Fertigstellung zur letzten Teileröffnung (Ostspange 2. und 3. OG) können zu geringeren Umsätzen und Beeinträchtigung des Wachstums der Gesellschaft führen, sind aber durch die Gesellschafterin als Stiftung des Bundes entsprechend abgesichert.

Ein bewertbares Ergebnis der Sachstandsprüfung durch die Sanktionsstelle der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit bezüglich des Datenschutzvorfalls vom 18. Mai 2021 liegt zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Für ein mögliches Bußgeld wurde durch eine Rückstellung in Höhe von ca. 4 % des Umsatzes vorgesorgt.

3. Prognosebericht

In dem ursprünglichen Wirtschaftsplan für 2022 ging die HFS von einem konstanten Regelbetrieb mit einer Auslastung von 100 % ab 07/2022 aus. Diese Prognose musste korrigiert werden, da sich die Objekteinbringung im 2. und 3. OG und der Aufbau der Abteilung Reinigung und Infrastrukturelle Dienste eventuell bis 12/2022 gegebenenfalls aber auch bis 03/2023 verzögert. Grund hierfür ist u. a. die angespannte Arbeitsmarktsituation im Reinigungsbereich.

Gemäß aktueller Planung für das Jahr 2022 prognostiziert die HFS einen Umsatz von ca. 12,8 Mio. € und einen Jahresüberschuss von 251 T€.

Der für 2022 geplante Umsatz kann sich somit aufgrund der aktuellen und noch immer schwer planbaren Corona-Pandemiesituation, der Fertigstellung des Baus, dem Verlauf der Objekteinbringung sowie des Aufbaus des Bereiches Reinigung eventuell in das Geschäftsjahr 2023 verschieben.

Möglicherweise wird die HFS anderweitige Aufgaben wie Handwerkerbegleitung, Sonderveranstaltungen, Objekteinbringung etc. für die SHF übernehmen und somit den fehlenden Umsatz kompensieren.

Vor diesem Hintergrund kann die gemäß Dienstleistungsvertrag vereinbarte Abrechnung der Leistungen auf Stundenbasis auch in 2022 nicht wie ursprünglich vereinbart erfolgen. Die Kosten der HFS werden weiterhin auf Ist-Kosten-Basis mit einem vertraglichen Gewinnaufschlag mit von 2% mit der Gesellschafterin SHF abgerechnet.

Berlin, 14. Juni 2022

Humboldt Forum Service GmbH



Ute Behrmann

Geschäftsführerin



i. V. Christine Rieffel-Braune

Vorständin SHF



Markus Schmitz-Peiffer

Geschäftsführer

Corporate Governance Bericht 2021

Nach Ziffer 6 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Berichterstattung: Ute Behrmann, i. V. Christine Rieffel-Braune, Markus Schmitz-Peiffer

1. Einleitung

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 2009 Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes verabschiedet. Ein Teil der Grundsätze wird im Teil A – im Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) – zusammengefasst. Hier werden insbesondere wesentliche Bestimmungen geltenden Rechts zur Leitung und Überwachung von Unternehmen sowie international und national anerkannte Standards guter und vertrauensvoller Unternehmensführung angeführt.

Alleingesellschafterin der Humboldt Forum Service GmbH (HFS) ist die Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss, über die die Bundesrepublik Deutschland mittelbaren Einfluss auf die HFS ausübt. Die Verpflichtung zur Anwendung des PCGK ist im aktuellen Gesellschaftsvertrag der HFS in § 15 entsprechend verankert.

Demnach hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit der Geschäftsführung jährlich über die Corporate Governance der HFS GmbH zu berichten. Das geschieht für das Geschäftsjahr 2021 im nachfolgenden Corporate Governance Bericht.

2. Unternehmensordnung

Die Unternehmensordnung der HFS ergibt sich aus dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Der Gesellschaftsvertrag (§ 15) und die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung (§ 7) verpflichten die Unternehmensorgane zur Beachtung des Public Corporate Governance Kodex des Bundes.

3. Führungs- und Kontrollstruktur

3.1. Gesellschafterversammlung

Die Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss ist Alleingesellschafterin und stellt die Gesellschafterversammlung. Sie ist damit für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht einem anderen Organ durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag zur ausschließlichen Zuständigkeit zugewiesen sind (§ 7 Gesellschaftsvertrag).

3.2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus drei Mitgliedern. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien schlägt ein Mitglied vor. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Der Aufsichtsrat bestand in 2021 ordnungsgemäß aus drei Mitgliedern.

Den Vorsitz des Aufsichtsrats führt grundsätzlich das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vorgeschlagene Mitglied.

3.3. Geschäftsführung

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer*innen gemeinsam vertreten. Die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung erfolgt auf Vorschlag des Aufsichtsrats durch die Gesellschafterversammlung.

Frau Ute Behrmann ist von der Gesellschafterin seit dem 19. Mai 2021 vorübergehend von ihren Aufgaben als Geschäftsführerin entbunden. Hintergrund ist ein Datenschutzvorfall, der über die Datenschutzbeauftragte der HFS am 18. Mai 2021 an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit gemeldet wurde. Eine finale Stellungnahme und Beurteilung stehen bis zum heutigen Tage aus.

Die Vertretung von Frau Behrmann übernimmt seitdem Frau Christine Rieffel-Braune.

Die Geschäftsführung nimmt die Geschäfte der Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns wahr. Bestimmte in den Gesellschaftsdokumenten definierte Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung und des Beschlusses des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen zu informieren.

3.4. Zusammenarbeit von Gesellschaftern, Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Gesellschafterin, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vertrauensvoll und zum Wohle der Gesellschaft eng zusammen.

Geschäfte und Entscheidungen von grundlegender Bedeutung (§ 11 Gesellschaftsvertrag) stehen unter dem Zustimmungsvorbehalt des Aufsichtsrates. Die Geschäftsführung stellt eine regelmäßige, zeitnahe und umfassende Informationsversorgung der Gesellschafter und des Aufsichtsrates über alle für die Gesellschaft relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance sowie über für die Gesellschaft bedeutende Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes sicher. Zudem geht sie auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

4. Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Für die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sind die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Die Prüfung wurde nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) auch um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung erweitert. Die Abgabe und die Veröffentlichung der gemeinsam vom Aufsichtsrat und der Geschäftsführung abzugebenden Erklärung zum PCGK im Geschäftsjahr 2021 war nicht Teil der Jahresabschlussprüfung, sondern wird gesondert erbracht.

5. Vergütung

5.1. Vergütung der Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr 2021 wurden die Geschäfte der Gesellschaft durch die Geschäftsführerin Frau Ute Behrmann und den Geschäftsführer Herrn Markus Schmitz-Peiffer geführt. Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt 119,2 TEUR (Arbeitnehmer-Brutto). Frau Christine Rieffel-Braune erhielt keine zusätzliche Vergütung.

5.2. Vergütung des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2021 erhielt der Aufsichtsrat keine Vergütung.

6. Anteil von Frauen im Aufsichtsrat

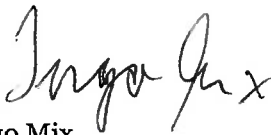
Im Geschäftsjahr 2021 gehörten dem Aufsichtsgremium drei männliche Aufsichtsratsmitglieder an. Es ist beabsichtigt, ein viertes, weibliches Aufsichtsratsmitglied zu benennen.

7. Entsprechenserklärung nach Ziffer 6 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der HFS erklären, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 im Geschäftsjahr 2021 grundsätzlich entsprochen wurde und zukünftig entsprochen wird. Marginale Abweichungen beruhen auf unternehmensspezifischen Besonderheiten.

Berlin, 14. Juni 2022

Humboldt Forum Service GmbH



Ingo Mix

Aufsichtsratsvorsitzender



Ute Behrmann

Geschäftsführerin



i. V. Christine Rieffel-Braune

Vorständin SHF



Markus Schmitz-Peiffer

Geschäftsführer

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegt unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.